

# Inhaltsübersicht

## **Band I: Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht**

- A. Grundlagen des Wirtschaftsverwaltungsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

## **Band II: Besonderes Wirtschaftsverwaltungsrecht**

- G. **Gewerberecht**
  - § 45 Grundlagen des Gewerbeordnungs- und Anlagenrechts
  - § 46 Gewerbeordnungsrechtliche Erscheinungsformen
  - § 47 Gaststättenrecht
  - § 48 Handwerksrecht
  - § 49 Verkehrsgewerberecht
  - § 50 Ladenöffnungsrecht
- H. **Regulierungswirtschaftsrecht**
  - § 51 Grundlagen des Regulierungswirtschaftsrechts
  - § 52 Medienwirtschafts- und Telekommunikationsrecht
- I. **Produktwirtschaftsrecht**
  - § 53 Abfallwirtschaftsrecht
  - § 54 Lebens- und Futtermittelrecht
  - § 55 Produktsicherheitsrecht
- J. **Subventionsrecht**
  - § 56 Grundlagen des Subventionsrechts
  - § 57 Das Subventionsverhältnis

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
<b>G. Gewerberecht</b> .....	<b>1</b>
§ 45 Grundlagen des Gewerbeordnungs- und Anlagenrechts .....	1
I. Zur Einordnung des Gewerberechts .....	1
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Gewerberechts .....	1
1. Die Gewerbeordnung und gewerberechtliche Spezialgesetze .....	1
2. Die Gewerbeordnung als Grundgesetz des Gewerberechts .....	2
3. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen des Gewerberechts .....	3
a. Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit .....	3
b. Die Berufsanerkennungsrichtlinie .....	3
c. Berufsanerkennung und Pro-Forma-Mitgliedschaft .....	4
d. Die Dienstleistungsrichtlinie .....	4
e. Diskriminierungsverbot und Verwaltungszusammenarbeit .....	4
f. Mitgliedstaatliche Regelungsvorbehalte im Gewerberecht .....	5
III. Zur Reform des Gewerberechts .....	5
1. Gescheiterte Reformversuche .....	5
2. Erprobungsklausel als Reformersatz? .....	7
3. Reform zwischen Deregulierung und Verrechtlichung .....	7
4. Zur Zweckmäßigkeit eines Gewerbebesetzbuches .....	8
5. Zur Kodifikation des Allgemeinen Teils als erste Reformstufe .....	9
6. Gewerbebesetzgebung nach der Föderalismusreform .....	10
IV. Gewerberecht als Sonderordnungs- und Wirtschaftsüberwachungsrecht .....	11
V. Gewerberechtliche Zuständigkeiten .....	11
1. Gewerbeordnungs- und Gewerbeaufsichtsbehörden .....	11
2. Gewerbeordnung und einheitliche Ansprechpartner .....	12
3. Gewerbeordnung und Spezialgesetze .....	12
VI. Allgemeine Bemerkungen zum Gewerbebegriff .....	13
1. Zur Teilregelung des Gewerbebegriffs .....	13
2. Zur Vielfalt des Gewerbebegriffs .....	13
3. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit .....	15
4. Bagatellgewerbe .....	15
VII. Einzelmerkmale der Gewerbsmäßigkeit .....	15
1. Erlaubte Tätigkeit .....	15
2. Gewinnerzielungsabsicht .....	18
3. Selbstständige Tätigkeit und Scheinselbstständigkeit .....	19
4. Fortgesetzte Tätigkeit .....	20
VIII. Einzelmerkmale der Gewerbsunfähigkeit .....	21
1. Urproduktion .....	21
2. Verwaltung eigenen Vermögens .....	22
3. Wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Berufe .....	23
4. Persönliche Dienstleistungen höherer Art und freie Berufe .....	24

# Inhaltsverzeichnis

a.	Rechtsgrundlagen der Freiberuflichkeit .....	24
b.	Zur Freiberuflichkeit von Apothekern und Beratungsberufen .....	25
c.	Zur Fragwürdigkeit der Sonderstellung der freien Berufe .....	26
d.	Jüngere Definitions- und Abgrenzungsversuche .....	27
e.	Zur Deregulierung der freien Berufe .....	27
f.	Zur Qualifizierung von Misch Tätigkeiten .....	28
5.	Monopole der öffentlichen Hand .....	29
<b>IX.</b>	<b>Gewerbearten und Gewerbebefreiheit .....</b>	<b>29</b>
1.	Gewerbetypen .....	29
2.	Gewerbebefreiheit als Gewerbezulassungsfreiheit .....	30
3.	Gewerbebefreiheit und Gewerbeausübung .....	31
4.	Keine Gewerbebefreiheit der öffentlichen Hand .....	31
<b>X.</b>	<b>Einzelpersonen und Gesellschaften als Gewerbetreibende .....</b>	<b>31</b>
<b>XI.</b>	<b>Gewerberechtlicher Datenschutz .....</b>	<b>33</b>
<b>XII.</b>	<b>Gewerbe- und Unternehmensregister .....</b>	<b>34</b>
<b>§ 46</b>	<b>Gewerberechtliche Erscheinungsformen .....</b>	<b>36</b>
<b>I.</b>	<b>Grundsätze und Struktur des stehenden Gewerbes .....</b>	<b>36</b>
1.	Selbstständigkeit und gewerbliche Niederlassung .....	36
2.	Anzeigespflicht .....	37
a.	Zweck der Anzeigepflicht .....	37
b.	Anzeigepflichtige Tatbestände .....	38
c.	Rechtsnatur der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO .....	39
3.	Namens- und Firmenpflichten .....	40
4.	Stellvertretung .....	40
5.	Gewerbeuntersagung .....	42
a.	Bedeutung der Gewerbeuntersagung .....	42
b.	Anwendungsbereich .....	42
c.	Gewerbeuntersagung durch Spezialvorschriften .....	43
d.	Allgemeine Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung .....	43
e.	Konkrete Tatsachen .....	44
f.	Unzuverlässigkeit .....	44
g.	Erforderlichkeit der Untersagung .....	46
h.	Verhältnismäßigkeit i.e.S. .....	47
i.	Gewerbeuntersagungsverfahren .....	47
j.	Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume als Vollstreckungsmaßnahme .....	48
k.	Wiedergestattung des Gewerbes .....	49
l.	Untersagung nach § 51 GewO .....	49
6.	Auskunft und Nachschau .....	49
7.	Erscheinungsformen des stehenden Gewerbes und Zulassungsbegriff .....	50
8.	Formelle und materielle Gewerbeentswidrigkeit .....	51
a.	Begriff und Anwendungsbereich .....	51
b.	Stilllegung als Ermessensvorschrift .....	52
c.	Stilllegung und Polizei- und Ordnungsrecht .....	52
d.	Stilllegung und Vollstreckung .....	52
9.	Formelle Gewerbeentswidrigkeit als Ordnungswidrigkeit und fehlende Zulassungskonzentration .....	53
<b>II.</b>	<b>Einzelne Anlagenehmigungen .....</b>	<b>53</b>
1.	Überwachungsbedürftige Anlagen .....	54
a.	Anlagen nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz .....	54
b.	Anlagen nach dem BImSchG .....	55
2.	Genehmigungsbedürftige Anlagen .....	56
a.	Einzelne Anlagentypen .....	56

b.	Hohes Umweltschutzniveau als Teil des Genehmigungsverfahrens ..	56
3.	Anlagengenehmigung nach §§ 4 ff. BImSchG .....	58
a.	Genehmigungs- und Anzeigepflichten .....	58
b.	Genehmigungsvarianten .....	59
c.	Allgemeine Betreiberpflichten .....	59
d.	Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren .....	60
e.	Stillegung und Untersagung von Anlagen .....	62
f.	Genehmigungsüberwachung und nachträgliche Anordnungen .....	62
III.	Einzelne Personalerlaubnisse .....	63
1.	Personalerlaubnisse in Spezialgesetzen .....	63
2.	Zur Systematik der Personalerlaubnisse in der Gewerbeordnung .....	63
3.	Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO) .....	64
4.	Schaustellung von Personen (§ 33a GewO) .....	64
5.	Glücksspielrecht, Glücksspielvermittlung, gewerbliches Spielrecht (§§ 33c) .....	65
a.	Zur Abgrenzung einzelner Spiele und der Regelungskompetenz .....	66
b.	Zulässigkeit der Marktzugangsbarrieren des Glücksspielrechts .....	67
c.	Gewerbliche Spielvermittlung .....	70
d.	Gewerbliches Spielrecht .....	70
e.	Regulierung von Internet-Glücksspielen .....	72
6.	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO) .....	72
a.	Erlaubnisvoraussetzungen .....	72
b.	Bewachungsgewerbe und Public-Private-Partnership .....	74
c.	Bewachungsgewerbe und Gemeinschaftsrecht .....	75
7.	Versteigerergewerbe (§ 34b GewO) .....	75
8.	Makler, Bauträger, Baubetreuer (§ 34c GewO) .....	77
9.	Versicherungsvermittler, Versicherungsberater (§ 34d und e GewO) .....	77
10.	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO) .....	79
IV.	Besonders überwachungsbedürftige Gewerbe .....	81
1.	Gewerbeüberwachung zwischen Anzeige- und Zulassungspflicht .....	81
2.	Zur Konzeption des besonders überwachungsbedürftigen Gewerbes .....	81
3.	Anwendungsbereich des § 38 GewO .....	82
4.	Einzelne Überwachungselemente .....	82
V.	Reisegewerbe .....	83
1.	Begriff und Bedeutung .....	83
a.	Reisegewerbe zwischen Liberalisierung und Verbraucherschutz .....	83
b.	Modifizierter Gewerbebegriff .....	84
c.	Das Schlüsselmerkmal „ohne vorhergehende Bestellung“ .....	85
2.	Erlaubnispflicht und Ausländer .....	86
3.	Internationale Gewerbelegitimationskarte .....	86
4.	Einstellung, Verhinderung und Geltungsbereich .....	86
5.	Inhaltsbeschränkung und Nebenbestimmungen .....	87
6.	Verbotene Tätigkeiten und Entziehung der Reisegewerbekarte .....	87
7.	Sonderfälle .....	87
8.	Wanderlager .....	88
VI.	Messen, Ausstellungen, Märkte .....	88
1.	Offenheit des Veranstaltungsbegriffs .....	88
2.	Kommunale Veranstaltungen .....	90
3.	Straßenrechtliche Veranstaltungen .....	91
4.	Einzelne Veranstaltungstypen .....	91
5.	Veranstaltungsprivilegien und Grenzen .....	93
6.	Festsetzung, Versagung und Aufhebung von Veranstaltungen .....	94
7.	Veranstaltungsordnungen .....	95

§ 47	<b>Gaststättenrecht</b> .....	96
	I. Zielsetzungen und Reform des Gaststättenrechts .....	96
	1. Zielsetzungen des Gaststättenrechts .....	96
	2. Reform des Gaststättenrechts .....	96
	3. Kompetenzübergang auf die Bundesländer .....	97
	II. Rechtsgrundlagen und Anwendungsbereich des Gaststättenrechts .....	97
	1. Rechtsgrundlagen und Begriff des Gaststättengewerbes .....	97
	2. Sachlicher Anwendungsbereich des Gaststättengesetzes .....	99
	III. Gaststättenrechtliche Erscheinungsformen .....	100
	IV. Erlaubnispflicht und Versagung .....	101
	1. Erlaubnispflicht des Gaststättengewerbes .....	101
	2. Versagungsgründe .....	102
	a. Unzuverlässigkeit .....	102
	b. Räumliche und örtliche Anforderungen .....	103
	c. Unterrichtsnachweis .....	105
	3. Formbedürftigkeit und Raumbezogenheit .....	105
	4. Nebenbestimmungen und Stellvertretung .....	105
	5. Gaststättenerlaubnis und andere Erlaubnisse .....	106
	6. Gaststättenerlaubnis und Anzeigepflichten .....	107
	V. Rücknahme, Widerruf und Erlöschen .....	107
	VI. Besondere Gaststättenerlaubnisse .....	108
	1. Vorläufige Erlaubnis .....	108
	2. Gestattung .....	108
	3. Stellvertretererlaubnis .....	108
	VII. Erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe .....	109
	VIII. Ausübungsregelungen .....	109
	1. Erbringung von Nebenleistungen .....	109
	2. Allgemeine Ausübungsbeschränkungen .....	110
	IX. Auskunft und Nachschau .....	111
§ 48	<b>Handwerksrecht</b> .....	112
	I. Rechtsgrundlagen des Handwerksrechts .....	112
	1. Nationales Recht und Selbstverwaltungsrecht .....	112
	2. Gemeinschaftsrecht und Anerkennungsprinzip .....	112
	II. Zielsetzungen des Handwerksrechts .....	115
	1. Erhaltung des Handwerks als Berufsstand .....	115
	2. Keine unmittelbare Gefahrenabwehr .....	115
	3. Die neuen Gefahrenhandwerke der Anlage A .....	115
	III. Wirtschaftliche Bedeutung und Wandel des Handwerks .....	116
	IV. Berufs- und ordnungspolitische Situation .....	117
	1. Zur Kritik am großen Befähigungsnachweis .....	117
	2. Zur Kritik an der Handwerksabgrenzung .....	119
	3. Zur Herausnahme unwesentlicher Handwerkstätigkeiten aus der HwO .....	119
	4. Der Sonderfall Schornsteinfeger .....	120
	V. Zur Reform der Handwerksordnung .....	120
	1. Handwerksnovelle 1993 .....	120
	2. Handwerksnovelle 1998 .....	121
	3. Handwerksnovelle 2003 .....	122

a.	Gefahrenabwehr und Ausbildungsquote als Abgrenzungskriterium .	122
b.	Gesellenanspruch auf Handwerksrolleneintragung . . . . .	123
VI.	Verfassungsrechtliche und gemeinschaftsrechtliche Diskussion der Meisterprüfung . . . . .	124
1.	Meisterprüfung und Berufsfreiheit . . . . .	124
2.	Meisterprüfung und Diskriminierungsverbot . . . . .	125
VII.	Handwerksbetrieb und Gewerbebetrieb . . . . .	126
1.	Der Handwerksbetrieb i.S.d. § 1 Abs. 2 HwO . . . . .	126
2.	Der Handwerksbetrieb als stehendes Gewerbe . . . . .	126
3.	Handwerksfähigkeit . . . . .	127
a.	Gewerbe im Sinne der Anlage A . . . . .	127
b.	Wesentliche Handwerkstätigkeiten . . . . .	128
VIII.	-	
	Handwerksmäßigkeit . . . . .	130
1.	Handwerksbetrieb und Industriebetrieb . . . . .	130
2.	Einzelne Abgrenzungskriterien . . . . .	130
3.	Handwerk als geistiges Werk . . . . .	131
IX.	Formen des Handwerksbetriebs . . . . .	132
1.	Der handwerkliche Nebenbetrieb . . . . .	132
2.	Der handwerkliche Hilfsbetrieb . . . . .	133
X.	Handwerksrolle und Befähigungsnachweis . . . . .	134
1.	Meisterprüfung als Gewerbeerlaubnis . . . . .	134
2.	Personaler Anwendungsbereich der Handwerksrolleneintragung . . . . .	134
3.	Handwerksrolle und Handwerkskarte . . . . .	135
4.	Ausnahmebewilligungen . . . . .	136
a.	Ausnahmen für Deutsche ohne Meisterprüfung . . . . .	136
b.	Ausnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz . . . . .	137
c.	Ausnahmen für EG- und EWR-Angehörige . . . . .	138
d.	Keine Ausnahmebewilligung für grenzüberschreitende Diensteleistungen . . . . .	138
5.	Handwerksrolleneintragung und der Betrieb anderer Handwerke . . . . .	139
a.	Arbeiten in anderen Handwerken bei Fachzusammenhang oder wirtschaftlicher Ergänzung . . . . .	139
b.	Betreiben verwandter Handwerke . . . . .	140
c.	Betreiben weiterer Handwerksgewerbe . . . . .	140
6.	Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	140
XI.	Stellvertretung und Fortführung . . . . .	141
XII.	Überwachung des Handwerksbetriebes und Löschung . . . . .	141
1.	Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung . . . . .	141
2.	Gewerberechtliche Untersagung . . . . .	141
3.	Löschung in der Handwerksrolle . . . . .	142
XIII.	Das zulassungsfreie und das handwerksähnliche Gewerbe . . . . .	142
1.	Kennzeichen der Handwerksähnlichkeit . . . . .	142
2.	Begrenzte Anwendbarkeit der Handwerksordnung . . . . .	143
XIV.	Berufsbildung im Handwerk und Ausbildungsseignung . . . . .	144
§ 49	Verkehrsgewerberecht . . . . .	146
I.	Zielsetzungen und Wandel des Verkehrsgewerberechts . . . . .	146
1.	Verkehrsüberwachung und Verkehrlenkung . . . . .	146
2.	Wirtschaftsinfrastrukturelle und konkurrenzschutzrechtliche Bedeutung . . . . .	148

# Inhaltsverzeichnis

II. Rechtsgrundlagen und Begriff des Verkehrsgewerberechts .....	149
1. Nationale Rechtsgrundlagen .....	149
2. Verwaltung des Verkehrsgewerbes .....	150
3. Begriff des Verkehrsgewerberechts .....	151
4. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen und Politik des Verkehrsgewerberechts .....	152
5. Internationales Verkehrsgewerberecht .....	154
III. Sachlicher Geltungsbereich des Verkehrsgewerberechts .....	154
1. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit .....	154
2. Andere Ausnahmen .....	155
IV. Räumlicher Geltungsbereich und grenzüberschreitender Verkehr .....	156
V. Persönlicher Geltungsbereich und Weiterführungsberechtigung	157
VI. Genehmigungsfreiheit und Genehmigungspflicht .....	157
1. Genehmigungsfreiheit .....	157
2. Genehmigungspflicht und Versagung .....	157
a. Lenkungsrechtliche Elemente der Genehmigung und Vergabebedingungen .....	157
b. Gewerberechtliche Elemente der Genehmigung .....	160
3. Genehmigungspflicht und Gemeinschaftslizenz .....	161
4. Genehmigungsinhalt und Genehmigungsverfahren .....	162
5. Weitere Genehmigungspflichten .....	163
6. Verkehrsgewerberechtliche Nebenbestimmungen .....	163
VII. Staatliche Beeinflussung der Preisgestaltung .....	164
VIII. Verkehrsinfrastrukturelle Auftragsvergabe .....	164
IX. Verkehrsgewerbeüberwachung .....	165
<b>§ 50 Ladenöffnungsrecht .....</b>	<b>166</b>
I. Rechtsgrundlagen .....	166
1. Ladenöffnungsrecht als Querschnittsmaterie .....	166
2. Ladenöffnungsrecht als Landeskompetenz .....	166
II. Rechtspolitische Diskussion und Deregulierung .....	167
1. Die einzelnen Liberalisierungsschritte .....	167
a. Ladenschlussrecht als rechtspolitisches Dauerthema .....	167
b. Reisenovelle und Dienstleistungsnovelle .....	167
c. Novelle zur Ausdehnung der Öffnungszeiten an Werktagen .....	167
d. Novelle zur Verlängerung der Ladenöffnung an Samstagen .....	168
e. Komplizierung statt Deregulierung .....	168
2. Fehlender Liberalisierungsdruck .....	168
3. Die jüngere rechtspolitische Diskussion .....	169
III. Anwendungsbereich der Ladenöffnungsgesetze .....	170
1. Feilhalten in Verkaufsstellen .....	170
2. Gewerbliches Feilhalten außerhalb von Verkaufsstellen .....	170
3. Zubehörverkauf .....	171
IV. Zielsetzungen .....	171
1. Schutz der Konsum-, Unternehmer- und Arbeitnehmerfreiheit .....	171
2. Ladenöffnungsrecht und Arbeitszeitrecht .....	172
3. Verbraucherschutz .....	172
4. Kein religiöser Sonn- und Feiertagsschutz .....	173

V. Besondere Öffnungsbedürfnisse an Sonn- und Feiertagen . . . . .	173
1. Ganztägiges Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	173
2. Temporäres Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	173
VI. Zuständigkeiten . . . . .	174
VII. Zur subjektivrechtlichen Stellung der Kirchen . . . . .	174
<b>H. Regulierungswirtschaftsrecht . . . . .</b>	<b>176</b>
§ 51 Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts . . . . .	176
I. Regulierung als Ausdruck der Pluralität des Rechts . . . . .	176
II. Bedeutung der Regulierung und Regulierungskonzepte . . . . .	177
1. Regulierung im weiteren und im engeren Sinne . . . . .	177
2. Regulierung als rereguliertes Privatisierungsfolgenrecht . . . . .	177
3. Externes und internes Regulierungsrecht . . . . .	178
III. Regulierung als intra- und interdisziplinäre Querschnittsmaterie . . . . .	179
IV. Regulierungsrecht als Ausprägung des Wirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	179
V. Zum Entwicklungsstand des Regulierungsverwaltungsrechts . . . . .	180
1. Regulierungsgrundlagen . . . . .	180
2. Regulierungsziele . . . . .	180
3. Regulierungsaufgaben . . . . .	181
a. Regulierungsrecht als gemeinwohlorientiertes Infrastrukturrecht . . . . .	181
b. Regulierung als Wirtschaftsüberwachungsrecht . . . . .	181
4. Regulierungsinstrumente . . . . .	182
a. Regulierung als Aufnahmeüberwachung . . . . .	182
b. Regulierung als Ausübungsüberwachung . . . . .	183
5. Regulierungshandeln . . . . .	184
6. Regulierungsorganisation . . . . .	185
7. Regulierungsfinanzierung . . . . .	186
8. Regulierungsrechte . . . . .	186
9. Regulierungskontrolle . . . . .	186
a. Einzelne Kontrollinstrumente . . . . .	186
b. Regulierungsspielraum . . . . .	187
VI. Leitbild eines Regulierungsverwaltungsrechts als Privatisierungsfolgenrecht . . . . .	187
1. Regulierungsverwaltungsrecht als Optionenrecht . . . . .	187
2. Regulierungsverantwortung und Regulierungsharmonisierung . . . . .	188
3. Regulierungsziele . . . . .	189
4. Regulierungsverwaltungsgrundsätze . . . . .	190
a. Flexibilisierung . . . . .	190
b. Effizienz . . . . .	190
c. Stärkung des Verbraucherschutzes . . . . .	192
§ 52 Medienwirtschaftsrecht . . . . .	194
I. Bedeutung, Zielsetzung und Begriff des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	194
1. Historische und aktuelle Bedeutung des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	194
2. Zur Zielsetzung des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	195
3. Zum Begriff des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	196

II. Weltwirtschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts .....	197
1. Zur Internationalität des Medienwirtschaftsrechts .....	197
2. Internationaler Handel mit Telekommunikationsdienstleistungen .....	197
3. Internationale Bekämpfung der Internet-Kriminalität .....	198
4. Schutz vor geistiger Produktpiraterie .....	198
III. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts .....	199
1. Medienwirtschaft versus Kultur .....	199
2. Medienwirtschaftsrecht als Ausdruck der Dienstleistungsfreiheit .....	200
a. Zum Dienstleistungscharakter .....	200
b. Zur Entgeltlichkeit der Dienstleistungen .....	200
3. Schranken der Dienstleistungsfreiheit .....	201
4. Sendestaats- und Ursprungslandprinzip .....	201
5. Sekundärrechtliches Medienwirtschaftsverwaltungsrecht .....	202
a. Liberalisierung des staatsmonopolisierten Telekommunikationssektors .....	202
b. Erste Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Medientätigkeiten .....	202
c. Die weitere Vereinheitlichung elektronischer Kommunikationsdienste und Kommunikationsnetze .....	203
6. EG-Beihilferecht .....	204
7. Sonstige medienwirtschaftsrelevante Gemeinschaftspolitiken .....	206
8. Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit .....	206
IV. Das nationale Recht der Informations- und Kommunikationsdienstwirtschaft .....	206
1. Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten .....	206
2. Gewährleistungsverantwortung des Bundes für Telekommunikationsdienstleistungen .....	208
3. Doppelzuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden .....	208
4. Die Rolle der Monopolkommission .....	209
5. EU-Regulierungsbehörde? .....	209
V. Die Ausgestaltung des Telekommunikationsrechts .....	209
1. Die Gesetzeszwecke der Telekommunikationsregulierung .....	209
2. Telekommunikationsrecht als Teil des Wirtschaftsüberwachungsrechts .....	210
VI. Das überwachungsrechtliche Instrumentarium des Telekommunikationsrechts .....	211
1. Das neue Rechtsregime der Aufnahmeüberwachung .....	211
2. Meldepflicht als Instrument der Aufnahmeüberwachung .....	211
3. Instrumente der Ausübungsüberwachung .....	212
a. Informationspflichten gegenüber der Regulierungsbehörde .....	212
b. Auskunftspflichten .....	212
c. Betreiberpflichten zur Ermöglichung der Fernmeldeüberwachung .....	212
d. Nummerierungspflichten von Betreibern und Anbietern und Befugnisse der Regulierungsbehörde .....	213
e. Untersagung der Betreiber- oder Anbietertätigkeit .....	213
f. Universaldienstleistungspflicht und Universaldienstleistungsabgaben .....	214
4. Frequenzüberwachung .....	214
a. Frequenzuteilung als Allgemein- oder Einzelzuteilung .....	214
b. Spezielles Frequenzvergabeverfahren .....	215
c. Widerruf und Rücknahme der Frequenzuteilung .....	215
d. Überwachung der Frequenznutzung .....	216
e. Frequenzhandel .....	216
5. Systemwechsel bei der Regulierungsfinanzierung .....	216

VII. Zur inhaltlichen Regulierung der Informations- und Kommunikationsdienste .....	217
1. Teledienste, Mediendienste und Rundfunkdienste .....	217
a. Zum Teledienstenbegriff .....	217
b. Zum Mediendienstenbegriff .....	218
2. Zur Abgrenzung von Telediensten- und Mediendiensten .....	218
3. Zur Abgrenzung von Medien- und Rundfunkdiensten .....	220
4. Zulassungs- und Anmeldefreiheit der Informations- und Kommunikationsdienste .....	221
5. Zur Aufnahmeüberwachung bei Telediensten .....	221
a. Gewerberecht .....	221
b. Banken- und Kreditwirtschaftsrecht .....	221
c. Telekommunikationsrecht .....	222
6. Zur Aufnahmeüberwachung bei Mediendiensten .....	222
a. Gewerbe- und Telekommunikationsrecht .....	222
b. Verhältnis von Mediendiensten und Rundfunk .....	222
7. Ausübungsüberwachung bei Tele- und Mediendiensten .....	222
a. Kennzeichnungs- und Sorgfaltspflichten, Werbung .....	222
b. Inhaltsüberwachung aus Gründen des Jugendschutzes .....	223
aa. Untersagung und Sperrung .....	223
bb. Kennzeichnungspflichten und Vertriebsbeschränkungen .....	224
cc. Selbstkontrolle und Jugendschutzbeauftragte .....	224
8. Organisation der Überwachung von Medien- und Telediensten .....	224
VIII. Kommunikationsdatenschutz und Zertifizierungsdiensteanbieter .....	225
IX. Zur kommunikationsrechtlichen Verantwortung der Staatengemeinschaft .....	226
<b>I. Produktwirtschaftsrecht .....</b>	<b>229</b>
§ 53 <b>Abfallwirtschaftsrecht .....</b>	<b>229</b>
I. Abfallwirtschaft .....	229
1. Abfallwirtschaft zwischen öffentlicher und privater Verantwortung .....	229
2. Abfallwirtschaft zwischen Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht ..	231
II. Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten .....	231
1. Die EG als Entsorgungsgemeinschaft .....	231
2. Die mitgliedstaatliche Verantwortung für die Abfallwirtschaft .....	232
3. Landesrechtliche Regelungsspielräume .....	233
4. Selbstverwaltung und Vollzug .....	234
III. Abfall als Gegenstand des Abfallwirtschaftsrechts .....	234
IV. Zweck und Grundsätze der Abfallwirtschaft .....	237
V. Abfallwirtschaftsrechtliche Unternehmerpflichten und Selbstbeschränkungsabkommen .....	238
1. Das Pflichtenprogramm des KrW/AbfG .....	238
2. Duales System .....	240
3. Pfanderhebungspflicht für Einwegverpackungen .....	240
VI. Abfallwirtschaftsrechtliche Berufsfelder .....	241
1. Transportgenehmigung .....	241
2. Abfallvermittlungsgenehmigung .....	242
3. Entsorgungsfachbetrieb .....	242
4. Betrieb von Abfallbeseitigungs- und Recyclinganlagen .....	242

# Inhaltsverzeichnis

5. Beauftragung Privater mit Entsorgungsaufgaben .....	243
6. Abholung von Verkaufs- und Serviceverpackungen sowie von Elektrogeräten .....	244
VII. Allgemeine Überwachung .....	244
VIII. Überwachung durch die Öffentlichkeit .....	244
IX. Abfallabgabe und Finanzgarantien .....	244
X. Abwasserwirtschaftsrecht .....	245
<b>§ 54 Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht .....</b>	<b>246</b>
I. Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts .....	246
1. Entwicklungslinien des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts .....	246
2. Lebensmittelwirtschaftsrecht als Risikoverwaltungsrecht .....	247
3. EG-Grünbuch und Weißbuch als Entwicklungsimpulse für das Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht .....	248
4. Die Lebensmittelbasisverordnung als Kodifizierung der Gemeinschaftspolitiken .....	249
II. Zweck und Begriff des Lebensmittelwirtschaftsrechts .....	249
1. Gesundheits- und Verbraucherschutz .....	249
2. Schutz vor Täuschung und Irreführung sowie Informationsrechte .....	250
3. Wettbewerbschutz und Lebensmittelsicherheit .....	251
4. Lebensmittel- und Lebensmittelwirtschaftsrecht .....	251
III. Rechtsgrundlagen des Lebensmittelwirtschaftsrechts .....	252
1. Internationales Lebensmittelwirtschaftsrecht .....	252
a. GATT/WTO-Recht .....	252
b. Codex Alimentarius .....	252
c. Staatsverträge .....	253
2. Gemeinschaftsrechtliches Lebensmittelwirtschaftsrecht .....	254
a. Verwirklichung des Lebensmittelbinnenmarktes .....	254
b. Die Verordnung über allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts als Basisverordnung .....	255
c. Das neue Lebensmittelhygienerecht als Sicherheitsstandard .....	256
d. Die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel .....	257
e. Die Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel .....	258
3. Nationales und regionales Lebensmittelwirtschaftsrecht .....	259
4. Das LFGB und seine Nebengesetze .....	260
a. Grundkonzeption des LFGB .....	260
b. EG-Basisverordnung und LFGB .....	261
5. Lebensmittelbuch und Richtlinien der Verbände .....	262
IV. Die Regelungsgegenstände des LFGB .....	263
1. Geschützter Personenkreis .....	263
2. Verkehr mit Lebensmitteln .....	263
3. Verkehr mit Futtermitteln .....	264
4. Verkehr mit kosmetischen Mitteln .....	265
5. Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen .....	266
V. Marktfreiheit und Verbote des LFGB .....	267
1. Das Lebensmittelrecht zwischen Marktfreiheit, Zulassung und Verboten .....	267
2. Schutz der Gesundheit .....	268
a. Verbote zum Schutz der Gesundheit .....	268
b. Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit .....	270

3.	Schutz vor Täuschung	270
a.	Verbote zum Schutz vor Täuschung	270
b.	Ermächtigungen zum Schutz vor Täuschung	272
VI.	Lebensmittelorganisation und -überwachung	272
1.	Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	273
2.	Das Bundesinstitut für Risikobewertung	273
3.	Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	274
4.	Landesrechtliche Zuständigkeiten	274
5.	Überwachungsbefugnisse	275
6.	Pflichten der von Überwachungsmaßnahmen betroffenen Personen	276
7.	Organisation der Lebensmittelüberwachung	277
8.	Gewerbeuntersagung	277
VII.	Zur Unternehmerverantwortung für Lebens- und Futtermittel	277
§ 55	<b>Produktsicherheitsrecht</b>	279
I.	Wirtschaftliche Bedeutung des Produktsicherheitsrechts	279
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten	280
1.	Gemeinschaftsrechtliche Rechtsgrundlagen	280
a.	Kern- statt Vollharmonisierung: „Neue Konzeption“	280
b.	Modul-Beschluss	281
c.	Übersicht über Harmonisierungsrichtlinien nach der Neuen Konzeption	282
d.	Produktsicherheitsrichtlinie	284
2.	Nationale Rechtsgrundlagen	284
3.	Europäische und nationale Normung	285
4.	Verwaltungszuständigkeiten	286
a.	Länderebene	286
b.	Bundesebene	287
c.	Europäische Ebene	289
d.	Einbeziehung von Privaten	290
III.	Zielsetzungen, Prinzipien und Abgrenzung	290
1.	Ziele des Produktsicherheitsrechts	290
2.	Prinzipien des Produktsicherheitsrechts	291
a.	Vorsorgeprinzip	291
b.	Kooperationsprinzip	292
c.	Eigenverantwortungsprinzip	292
d.	Verhältnismäßigkeitsprinzip	293
3.	Bezüge und Abgrenzung des Produktsicherheitsrechts	293
IV.	Anwendungsbereich des Produktsicherheitsrechts	294
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	294
2.	Persönlicher Anwendungsbereich	295
V.	Pflichten von Herstellern, Händlern, Arbeitgebern und Betreibern	295
1.	Herstellerpflichten	295
2.	Händlerpflichten	296
3.	Arbeitgeberpflichten	296
4.	Betreiberpflichten	296
VI.	Überwachung der Produktsicherheit	297
1.	Marktüberwachung	297
2.	Anordnungsbefugnisse nach § 8 Abs. 4 GPSG	298
a.	Produktsicherheitsrechtliche Generalklausel	298
b.	Standardmaßnahmen	298
c.	Behördenwarungen	299

# Inhaltsverzeichnis

d. Vorrang von Eigenmaßnahmen .....	299
e. Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen .....	299
3. Überwachungsbefugnisse .....	300
4. Informationsbefugnisse nach § 10 Abs. 2 GPSG .....	300
VII. Überwachung von Anlagen im Sinne von § 14 Abs. 1 GPSG ..	300
<b>J. Subventionsrecht</b> .....	<b>301</b>
§ 56 Grundlagen des Subventionsrechts .....	301
I. Subventionsrecht als Wirtschaftsförderungsrecht .....	301
II. Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts .....	301
1. Der GATT/WTO Subventionskodex .....	301
2. Das EG-Beihilferecht .....	302
3. Rechtsgrundlagen des nationalen Subventionsrechts .....	302
III. Zur Vielfalt des Subventionsbegriffs .....	303
1. Verwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff .....	303
2. Strafrechtlicher Subventionsbegriff .....	304
3. Rechtswissenschaftlicher Subventionsbegriff und EG-Beihilfebegriff .....	305
4. Subventionsbegriff und Subventionsverhältnis .....	306
§ 57 Das Subventionsverhältnis .....	307
I. Das Subventionsverhältnis als Rechtsverhältnis .....	307
II. Ansprüche, Ermessen und Beurteilungsspielraum .....	307
III. Verwaltungsverfahren und Subventionszweck .....	308
1. Informelles Subventionsverfahren .....	308
2. Formelles Subventionsverfahren .....	309
3. Zur Konkretisierung des Subventionszwecks .....	309
4. Anhörungspflichten und Beachtung der Startverbotsklausel .....	310
5. Verfahrensabschluss und Sicherung des Rückzahlungsanspruchs .....	310
6. Haushaltsinternes Verwaltungsverfahren .....	311
IV. Das EG-Beihilfeverfahren .....	311
1. Die Subventionsverfahrensverordnung als zentrale Regelungsmaterie .....	311
2. Verfahren bei angemeldeten neuen Beihilfen .....	312
a. Anmeldepflicht und Notifikationsverzicht .....	312
b. Die Mehrstufigkeit des präventiven Verfahrens .....	314
3. Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen .....	317
4. Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen .....	319
5. Verfahren bei bestehenden Beihilferegelungen .....	319
6. Verfahrensinstrumente zur Überwachung .....	320
V. Das GATT/WTO-Subventionsverfahren .....	320
1. Notifikations- und Überwachungsverfahren .....	320
2. Konsultationsverfahren und Abhilfemaßnahmen .....	320
VI. Handlungsformen .....	321
1. Der Subventionsbewilligungsbescheid .....	321
2. Die vorläufige Subventionsbewilligung .....	322
3. Subventionszusagen .....	323
4. Der öffentlich-rechtliche Subventionsvertrag .....	323
5. Der privatrechtliche Subventionsvertrag .....	324
VII. Abwicklung von Subventionen .....	325

VIII. Rückabwicklung von Subventionen.....	325
1. Aufhebungsentscheidung und Erstattungsanspruch .....	325
2. Rücknahme und Widerruf .....	326
a. Rücknahme eines Bewilligungsbescheides.....	326
b. Widerruf eines Bewilligungsbescheides .....	327
3. Zur Entbehrlichkeit von Widerruf und Rücknahme bei bedingter oder vorläufiger Subventionierung.....	327
4. Rücknahme und Widerruf als Ermessenshandlungen .....	328
5. Rückabwicklung gemeinschaftsrechtswidriger Subventionen .....	328
a. Formelle und materielle Rechtswidrigkeit sowie missbräuchliche Anwendung von Beihilfen .....	328
b. Das anzuwendende Verfahrensrecht .....	329
c. Gemeinschaftsrechtliche Ermessensbindungen .....	330
d. Zum Vertrauensschutz des Subventionsempfängers im Gemeinschaftsrecht .....	331
e. Rücknahmefrist und Gemeinschaftsrecht .....	332
f. Erstattungsanspruch und Verzögerungszinsen .....	333
6. Rückabwicklung bei öffentlich-rechtlichem und privatrechtlichem Subventionsvertrag .....	334
IX. Haushaltsrechtliche Subventionskürzung und Subventionseinstellung .....	336
X. Subventionskontrolle.....	336
Sachverzeichnis.....	337